

Nur ein Intermezzo? Zum Scheitern der Demokratisierung in Mauretanien

Bahrenburg, Hannes; Richter, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bahrenburg, H., & Richter, T. (2008). *Nur ein Intermezzo? Zum Scheitern der Demokratisierung in Mauretanien*. (GIGA Focus Nahost, 11). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-273978>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Nur ein Intermezzo? Zum Scheitern der Demokratisierung in Mauretanien

Hannes Bahrenburg und Thomas Richter

Die im April 2007 viel versprechend begonnene Demokratisierung Mauretaniens wurde abrupt beendet durch den Militärputsch vom 6. August 2008 und die Absetzung des Präsidenten Sidi Ould Cheikh Abdallahi, der durch freie Wahlen an die Macht gekommen war. Am 20. Oktober 2008 hat die EU der neuen Staatsführung ein einmonatiges Ultimatum gestellt, um eine verfassungskonforme Lösung der politischen Krise zu finden.

Analyse:

Die außerhalb der politischen Institutionen bestehenden informellen Netzwerke bleiben bestimmend für die politischen Verhältnisse in Mauretanien. So gut wie keine der politischen Parteien erfüllt die üblichen Kriterien einer modernen demokratischen Massenorganisation. Koalitionsbildungen beruhen weiterhin auf ethnischen und tribalen Herkunftsstrukturen.

- Dem demokratisch gewählten Präsidenten Sidi Ould Cheikh Abdallahi ist diese Kluft zwischen konstitutioneller und realer Macht zum Verhängnis geworden. Besonders das Militär wollte die geplante Einschränkung seines politischen Einflusses nicht zulassen. Eine zentrale Rolle spielten in diesem Zusammenhang die durch Abdallahi geplante Aufarbeitung der Gewaltverbrechen des Militärs im Zuge der ethnischen Spannungen zwischen 1989 und 1992 sowie die Rückkehr der damals geflüchteten, zumeist schwarzafrikanischen Mauretanier.
- Trotz einer vorerst gescheiterten Demokratisierung hat die kurze Phase politischer Offenheit vor allem in der Hauptstadt Nouakchott zu einem Wandel in Richtung eines bis dahin nie gekannten liberalen politischen Diskurses geführt. Während noch vor einigen Jahren kaum jemand die Legitimität eines Militärputsches in Frage gestellt hätte, wird nun vermehrt und offen Stellung gegen die politischen Ambitionen des Militärs bezogen.
- Die strategische Bedeutung Mauretaniens als potenzielles Rückzugsgebiet für einen transnational operierenden islamischen Terrorismus, als Zwischenstation für Migranten mit dem Ziel Europa und als Ressourcenlieferant erhöht die früher begrenzte internationale Aufmerksamkeit. In den kommenden Monaten sollten die wichtigsten internationalen Akteure eine verfassungskonforme Lösung der gegenwärtigen politischen Krise einfordern und alle anderen Varianten mit wirksamen internationalen Sanktionen belegen.

Schlagwörter: Mauretanien, Demokratisierung, Militär, Staatsstreich, Sanktionen

1. Einleitung

Als im August 2005 eine Gruppe von Offizieren strategisch wichtige Punkte in der Hauptstadt Nouakchott mit ihren Armeeeinheiten besetzte und den damaligen Präsidenten Ould Taya für abgesetzt erklärte, begann für die Islamische Republik Mauretanien eine Phase des Umbruchs und der politischen Veränderungen. Die Putschisten nutzten eine Auslandsreise des seit mehr als 20 Jahren autoritär regierenden Präsidenten, um einen Transformationsprozess einzuleiten. Unter Führung von Ely Ould Mohamed Vall, Chef des Inlandsgeheimdienstes (*Direction Générale de la Sûreté Nationale* – DGSN), etablierte sich ein Militärpat für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Conseil Militaire pour la Justice et la Démocratie* – CMJD), der in den folgenden 20 Monaten eine Reihe bemerkenswerter politischer Veränderungen anstieß und implementierte:¹

- Durchführung eines Verfassungsreferendums, um die Amtszeit des Präsidenten zu begrenzen,
- Durchführung demokratischer Wahlen auf allen Ebenen,
- Freilassung politischer Gefangener und Amnestie der Exilopposition,
- Verbesserung der Medien- und Pressefreiheit.

Diese Übergangsphase wurde am 19. April 2006 mit der Übergabe der Regierungsgewalt an den neuen Präsidenten Sidi Ould Cheikh Abdallahi abgeschlossen, der in freien Wahlen bestimmt worden war. Der etwa 16 Monate später, am 6. August 2008, gegen diesen demokratisch gewählten Präsidenten initiierte Militärputsch bezeichnet das Scheitern des bisher einzigen demokratischen Experiments in diesem westafrikanischen Wüstenstaat.

2. Abdallahis Präsidentschaft zwischen Amtsantritt und Militärputsch

Nach dem Amtsantritt Abdallahis im Frühjahr 2007, der Ernennung des in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen an dritter Stelle platzierten ehemaligen Gouverneurs der Zentralbank Zeine Ould Zeidane zum Premierminister und der Wahl des Viertplatzierten Messaoud Ould Boulkheir zum Parlamentspräsidenten schien sich das nun demokrati-

sierte politische System stabil entwickeln zu können. Durch ein Ende der Tabuisierung des Problems der Sklaverei und die beherzte politische Initiative, den zwischen 1989 und 1992 als Folge ethnischer Spannungen in den Senegal geflüchteten schwarzafrikanischen Mauretaniern die Rückkehr in ihre Heimatdörfer zu ermöglichen, fanden der Präsident und seine Regierung bis zum Jahresende 2007 in wichtigen Teilen der Bevölkerung Anerkennung. Eine geschickte öffentlichkeitswirksame Symbolpolitik – wegen der zurückgehenden Einnahmen aus der Ölproduktion verzichteten die Regierungsangehörigen auf ein Viertel ihres Gehaltes – unterstützte diesen Gewinn an Reputation. Als im Herbst 2007 steigende Preise für Grundnahrungsmittel, Benzin und Elektrizität gewalttätige Proteste in der Hauptstadt Nouakchott und einigen anderen Städten nach sich zogen, weitete die Regierung die staatliche Kontrolle über den Import und die Verteilung von Lebensmitteln aus, führte höhere Steuerfreibeträge für die ärmsten Haushalte ein und blieb dennoch weitestgehend innerhalb der Haushaltsrestriktionen des mit dem IWF vereinbarten Programms zur Armutsverringerung und Wachstumssteigerung (PRGF).

Die insgesamt positive Entwicklung Mauretaniens in den ersten Monaten der Präsidentschaft Abdallahis wurde auch durch die internationale Gemeinschaft gewürdigt: Neben großzügigen Hilfen und Krediten stuft *Freedom House* Mauretanien von *nicht frei* auf *teilweise frei* herauf. Gleichzeitig verbesserte sich das Land im Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ innerhalb eines Jahres um fast 90 Positionen von Platz 138 auf Platz 50.

Das seit Amtsantritt des Präsidenten und der Regierung bedeutendste Problem bestand allerdings darin, dass die gemeinsame Anhängerschaft von Abdallahi und Zeidane in beiden Kammern der Legislative ausgesprochen heterogen gewesen war. Um diese fast ausschließlich parteilosen und unabhängigen Parlamentarier stärker an die inhaltliche Ausrichtung der Politik der Regierung und des Präsidenten zu binden, wurde im Januar 2008 der *Pacte National pour la Démocratie et le Développement* (PNDD) ins Leben gerufen. Unter der Führung von Yahya Ould Ahmed El Waghef, einem engen Verbündeten Abdallahis, sollten innerhalb dieser Partei die unterschiedlichen Strömungen und Fraktionen, die bisher den Präsidenten und/oder den Premierminister unterstützt hatten, einschließlich wichtiger Elemente des bis 2005 bestehenden autoritären Taya-Regimes, besser koordiniert und politisch diszipliniert werden. Als Anfang Mai 2008 Ould Zeidane

¹ Vgl. zu den Einzelheiten dieser Übergangsphase: Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter (2007): Mauretanien: Ein schwieriges Amt für Präsident Abdallahi, GIGA Focus Nahost, Nr. 4.

seinen Rücktritt als Premierminister erklärte, zeigte sich bereits, dass dieser Versuch, eine mittelfristig stabile parlamentarische Mehrheit herzustellen, an ihre Grenzen gestoßen war.

Daraufhin beauftragte der Präsident Ahmed El Waghef mit der Bildung einer neuen Regierung. Allerdings wurde diese Neujustierung der Exekutive aus mehreren Gründen von Teilen des Parlaments abgelehnt. Zum einen wurde die Vergrößerung des Kabinetts auf insgesamt 30 Ministerposten kritisiert. Zum anderen wurde dem neuen Premierminister und dem Präsidenten vorgeworfen, eine Mehrheit des neuen Kabinetts mit ehemaligen Regierungsangehörigen und Technokraten des autoritären Taya-Regimes besetzen zu wollen. Widerspruch erregte zudem die Ernennung von je zwei Ministern aus Parteien, die bisher nicht zum Bündnis um den Präsidenten gehört hatten: der gemäßigt islamischen *Tawassoul*² und der linken *Union des Forces de Progrès* (UFP).

Im Frühsommer 2008 begannen sich die politischen Auseinandersetzungen zunächst auf rein verbaler Ebene zu verschärfen. So beschuldigte der Oppositionsführer Ahmed Ould Daddah³ die Regierung, bereits 90 Prozent der Öleinnahmen „verschwendet“ zu haben,⁴ obwohl sich Mauretanien in der Transformationsphase im Rahmen der Verhandlungen des Vertrages von Cotonou der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) angeschlossen hatte und ein Zugriff auf die Einnahmen aus dem Öllexport ohne Zustimmung des Parlaments nicht möglich war. Darüber hinaus wurde der Präsident selbst von Abgeordneten aus seiner eigenen Partei mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert, während andere Gruppen im Parlament diese Kritiker des Präsidenten als Marionetten des Militärs bezeichneten und sie in Zusammenarbeit mit den Generälen der Vorbereitung eines Staatsstreiches bezichtigten.⁵

Noch bevor die inhaltlichen Schwerpunkte der neuen Regierung bekannt gegeben waren, entwickelte sich im Parlament eine Initiative, um die Regierung durch ein Misstrauensvotum zu stürzen.

Dieses Vorhaben wurde außer von der Opposition noch von 39 Abgeordneten und Senatoren der Präsidentenpartei unterstützt und machte den schwindenden Rückhalt Abdallahis in seiner eigenen Partei deutlich.⁶ Obwohl der Präsident daraufhin in einer öffentlichen Ansprache drohte, das Parlament aufzulösen, trat die Regierung am 3. Juli, noch bevor es zu einem Misstrauensvotum kommen konnte, zurück. Am selben Tag beauftragte Abdallahi abermals El Waghef, eine Regierung zusammenzustellen. Diese konstituierte sich am 15. Juli. Allerdings wurden diesmal weder die Islamisten (*Tawassoul*) noch die UFP berücksichtigt.

Obwohl diese zweite Regierungsneubildung auf größere Akzeptanz innerhalb des Parlaments stieß, wurden auch diesmal bereits nach kurzer Zeit kritische Stimmen aus den Reihen der Präsidentenpartei (PNDD) laut. Diese Aufsässigen (*parlementaires frondeurs*) bezichtigten den Präsidenten und seine Familie erneut der Korruption. Nachdem sich die Präsidentengattin abfällig über diese Abweichler geäußert hatte, beantragte eine Gruppe aus PNDD und Oppositionskräften eine außerordentliche Sitzung des Parlaments, um ein Ermittlungsverfahren in Bezug auf diese Verdachtsmomente einleiten zu können. Aufgrund eines Formfehlers wurde diesem Antrag nicht entsprochen.

Am 4. August verließen daraufhin insgesamt 25 Abgeordnete und 23 Senatoren die Präsidentenpartei, der damit ihre parlamentarische Mehrheit verloren ging. Am folgenden Tag versuchten der Präsident und sein Premierminister, Teile diese Blockes dazu zu bewegen, wieder in die Regierungskoalition einzutreten. Allerdings wurden diese Bemühungen durch den am 6. August ausgeführten Staatsstreich endgültig beendet. Zwar hatte der Präsident noch in den frühen Morgenstunden versucht, die einflussreichsten Militärs, wie den Kommandeur der Präsidentengarde General Mohamed Ould Abdel Aziz, den Oberbefehlshaber der Armee General Mohamed Ould Cheikh Mohamed Ahmed Ghazouani, den Chef der Nationalgarde General Félix Négri und den Polizeichef Oberst Ahmed Ould Bekrine per Dekret von ihren Posten zu entbinden, doch zu einer Ausführung dieser Anordnungen kam es nicht. Bereits gegen 9 Uhr waren die nationale Radio- und

2 Die *Tawassoul* ist eine gemäßigte islamische Partei, die der Muslimbruderschaft nahe steht.

3 Ahmed Ould Daddah ist der Halbbruder des ersten Präsidenten Moktar Ould Daddah und war seiner Zeit Direktor der mauretanischen Zentralbank. Nachdem sein Bruder abgesetzt worden war, ging er ins Ausland, kehrte aber bereits Anfang der 1990er Jahre wieder zurück und tritt seitdem als Oppositionspolitiker in Erscheinung. So wurde er bei den Wahlen von 2007 als stärkster Kandidat gehandelt, verlor aber knapp (47 %) gegen Abdallahi (53 %).

4 Afrol News, 25.06.2008, www.afrol.com/articles/29549 (Zugriff am 04.11.2008).

5 Vgl. <http://fr.ufpweb.org/spip.php?article529> (Zugriff am 07.11.2008).

6 Die meisten dieser Abgeordneten waren als unabhängige Kandidaten ins Parlament gewählt worden. Als Vertreter einflussreicher Familien und wichtiger Stämme weisen ihnen politische Beobachter und Kommentatoren hohe Affinität zu der in vielen Fällen aus denselben tribalen Kontexten stammenden mauretanischen Militärführung zu.

Fernsehstation besetzt sowie der Innenminister, der Premierminister und der Präsident verhaftet.

Der daraufhin unter Führung von General Abdel Aziz eingesetzte Staatsrat (*Conseil d'Etat*) begründete diese Vorgehensweise nachträglich, indem er auf die existenzielle Bedrohung des Militärs als letzter funktionierender politischer Institution des Landes verwies.⁷

3. Die politische Rolle des Militärs in Mauretanien

Die moderne politische Entwicklung Mauretaniens ist seit Erklärung der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 entscheidend vom Militär mitbestimmt. Der erste Präsident des Landes Moktar Ould Daddah wurde von seinem eigenen Generalstabschef abgesetzt, nachdem er erfolglos versucht hatte, Teile der ehemaligen spanischen Westsahara zu annektieren. In den folgenden Jahren wechselten sich jeweils durch Staatsstreiche an die Macht kommende Offiziere an der Spitze des Staates ab. Erst Ould Taya, der sich 1984 an die Macht putschte, gelang es, seine politische Herrschaft 21 Jahre lang aufrecht zu erhalten (N'Diaye 2006).

Obwohl sich das Taya-Regime nach außen hin den Anschein eines zivilen Regimes mit einer Staatspartei (*Parti Républicain Démocratique et Social* – PRDS) gegeben hatte, blieb die Armee immer ein zentraler politischer Akteur im Land. Die Wurzeln der heutigen militärischen Machthaber gehen in die Anfangszeit des Taya-Regimes zurück. Bereits 1984 wurde Mohamed Ould Abdel Aziz damit beauftragt, eine militärische Eliteeinheit zum Schutz des Präsidenten aufzubauen. Unter ihm entwickelte sich die Präsidentengarde (*Bataillon pour la Sécurité Présidentielle* – BASEP) zu der am besten ausgebildeten und ausgestatteten militärischen Einheit Mauretaniens. Kein Wunder also, dass diese Einheit in den Staatsstreichen 2005 und 2008 maßgeblich involviert war. Abdel Azizs Cousin Ely Ould Mohamed Vall hatte bereits 1984 den Putsch Tayas unterstützt und nahm seitdem als Chef des Inlandsgeheimdienstes eine zentrale Rolle innerhalb des Taya-Regimes ein. Auch Mohamed Ould Cheikh Mohamed Ahmed Ghazouani bekleidete als Adjutant Tayas bereits damals eine einflussreiche Position.

Darüber hinaus zeigen die Entwicklungen in der Transformationsphase, dass die militärische Füh-

rung des Landes auch nach der demokratischen Wahl eines Präsidenten nicht willens ist, auf ihren historisch gewachsenen Einfluss zu verzichten. Zwar sorgte die Ankündigung der Offiziere des CMJD, selbst nicht bei den Wahlen antreten zu wollen, für eine gewisse Glaubwürdigkeit, nichtsdestoweniger haben Teile des Militärs verschiedene Aspekte der unter ihrer Regie entstehenden demokratischen Institutionen manipuliert:

- Hätten die Offiziere des CMJD Abdallahi nicht zu ihrem Kandidaten gemacht, wäre er sehr wahrscheinlich niemals zum Präsidenten gewählt worden. Obwohl er aus einer angesehenen Gelehrtenfamilie stammt, wurde sein politischer Einfluss von Beginn an als gering eingestuft. Abdallahi war 1978 auf Grund von Korruptionsvorwürfen ohne Gerichtsverhandlung inhaftiert worden und ging ein Jahr später, nach seiner Freilassung, ins Ausland, um in den folgenden Jahren als Berater für den *Kuwait Fund* zu arbeiten. Dies erwies sich durchaus als Vorteil, denn durch seinen erzwungenen Auslandsaufenthalt galt Abdallahi als unbescholten. Dementsprechend fehlte es ihm aber im Vergleich zu seinen Konkurrenten an einem direkten Bezug zu seiner Wählerschaft. Vermutlich machte ihn dies zu einem perfekten Kandidaten für das Militär: als Technokrat, der über keine eigene soziale Basis oder Hausmacht verfügte, galt er als relativ leicht zu manipulieren.
- Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen konnten Abdallahi und der Oppositionspolitiker und Bruder des ersten Präsidenten Mauretaniens Moktar Ould Daddah ähnlich hohe Stimmenanteile gewinnen. Vor dem zweiten Wahlgang sprachen sich der Drittplatzierte Zeine Ould Zeidane und der Viertplatzierte Messaoud Ould Boulkheir für eine Wahl Abdallahis aus. Die meisten Beobachter gehen davon aus, dass diese Unterstützung durch die Vermittlung des Militärs zustande gekommen war: Zeidane wurde später unter Abdallahi Ministerpräsident und Boulkheir wurde Parlamentspräsident.
- Nach dem Wahlerfolg im zweiten Durchgang bedankte sich der neue Präsident Abdallahi bei seinen Unterstützern, indem er die ehemaligen Obristen Mohamed Ould Abdel Aziz, Mohamed Ould Cheikh Mohamed Ahmed Ghazouani und Félix Négri zu Generälen ernannte und die Mitglieder des Militärates mit wichtigen Posten innerhalb des Sicherheitssystems versorgte. Gleichzeitig war die vor allem von Abdel Aziz kontrol-

⁷ Le Temps, 07.08.2008.

lierte Präsidentengarde in der Umgebung des Präsidenten omnipräsent. Damit war gewährleistet, dass alle Schritte Abdallahis unter ständiger Beobachtung des Militärs standen.

- Mit Hilfe einer unter der CMJD im Juni 2006 getätigten Verfassungsänderung wurde es unabhängigen und parteilosen Kandidaten möglich gemacht, in den darauf folgenden Parlaments- und Gemeinderatswahlen zu kandidieren. Damit gelang es dem Militär, zahlreiche traditionelle Stammesführer und ihnen loyal gegenüberstehende Technokraten und Geschäftsleute in den neuen Institutionen der Legislative einzusetzen. Fast die Hälfte der Sitze in der Legislative wurde nach den Wahlen von diesen parteilosen Kandidaten besetzt, von denen später weite Teile in der parlamentarischen Koalition des Präsidenten mitwirkten. Abgesehen von ihrer Nähe zum Militär bestanden zwischen ihnen kaum inhaltliche oder ideologische Gemeinsamkeiten.

4. Die zentralen Konflikte zwischen Präsident und Militär

Obgleich Kandidat des Militärs, versuchte Abdallahi seit Beginn seiner Amtsperiode im April 2007 ein unabhängiges politisches Profil zu entwickeln. Dabei wandte er sich zwei in Mauretanien bis dahin bedeutenden Tabuthemen zu.

Sklaverei: In Mauretanien ist Sklavenhaltung bis heute weit verbreitet.⁸ Seit 1981 durch die Bestimmungen eines präsidentiellen Dekrets offiziell verboten, wurde die Sklaverei vom Taya-Regime allerdings im Inneren geduldet und nach Außen gelehnet. Durch Abdallahi angestoßen und unterstützt durch die prominente Positionierung des Haratin (Schwarzmaure) Boulkheir, eines Nachkommens ehemaliger Sklaven, als Parlamentspräsident, verabschiedete das Parlament am 8. August 2008 ein Gesetz zur Abschaffung der Sklaverei, dass den Besitz von Sklaven mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren belegt. Obwohl die Wirksamkeit eines solchen Gesetzes auf Grund der strukturellen und sozialen Verankerung der Sklaverei innerhalb der mauretanischen Gesellschaft anzuzweifeln ist, war es eine radikale Abkehr von der bisherigen politischen Agenda.

Rückkehr der 1989 vertriebenen schwarzafrikanischen Mauretanier: Im April 1989 entwickelte sich aus einem lange schwelenden Streit über den genauen Grenzverlauf zwischen Mauretanien und Senegal ein gewalttätig ausgetragener ethnischer Konflikt zwischen der durch Weißmauren dominierten mauretanischen Armee und einigen vor allem im Süden des Landes lebenden schwarzafrikanischen Bevölkerungsgruppen. Als Folge einer Reihe brutaler Übergriffe durch Teile des Militärs, bei denen mehrere hundert Personen ums Leben kamen, wurden damals zehntausende, dunkelhäutige Mauretanier aus ihren Dörfern nördlich des Senegalflusses vertrieben. Sie flüchteten über die Grenze ins benachbarte Senegal. Weil eine Reihe der einflussreichsten Persönlichkeiten des Taya-Regimes direkt oder indirekt an diesen Vertreibungen beteiligt waren, wurde eine Rückkehr dieses Teils der mauretanischen Bevölkerung in den darauffolgenden Jahren nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Erst im Sommer 2007 unter dem neuen Präsidenten änderte sich diese Politik. Bereits kurz nach Amttrittsantritt verkündete Abdallahi seinen politischen Willen, den 1989 vertriebenen Mauretaniern eine Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Mit Hilfe des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) wurde die Rückkehr der Flüchtlinge vorbereitet, deren Zahl auf zwischen 20.000 und 50.000 geschätzt wird. Im Januar 2008 kehrten die ersten hundert Flüchtlinge in ihre ehemaligen Dörfer zurück.

Diese beiden politischen Initiativen stellten eine Kehrtwende in der mauretanischen Politik dar. Politisch und ökonomisch von den Weißmauren dominiert, den Nachfahren arabisierten Nomaden, die etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, wurden sowohl die Haratin, als Nachkommen ehemaliger Sklaven, wie auch die schwarzafrikanischen Bevölkerungsgruppen im Süden des Landes in der Vergangenheit systematisch marginalisiert. Genau diese beiden Bevölkerungsgruppen versuchte Abdellahi, obgleich seiner Herkunft nach ebenfalls Weißmaure, mit den genannten Reformen anzusprechen, um sich der (zukünftigen) Unterstützung sozialer Schichten zu versichern, die außerhalb der Dominanz des politischen Establishments lagen.

⁸ Die mauretanische Nichtregierungsorganisation S.O.S. *Slaves* vermutet, dass bis heute etwa 600.000 Personen, etwa 20 Prozent der Bevölkerung, als Sklaven gehalten werden.

5. Internationale Reaktionen

Insbesondere seitdem Frankreich seine zunächst zurückhaltende Position revidiert hat und sich konsequent für eine Freilassung Abdallahis und die Wiederherstellung der konstitutionellen Ordnung ausspricht,⁹ sehen sich die Generäle des *Conseil d'Etat* einer international geschlossenen Front gegenüber. Sowohl die Europäische Union, die USA, die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union (AU) als auch die arabische Liga verurteilten den Staatsstreich. Allein Marokko erkennt die neue mauretanische Staatsführung an, und der senegalesische Präsident Abdoulaye Wade hat sich gegen Sanktionen ausgesprochen.¹⁰ Während zwischen Marokko und Mauretanien neben familiären Bindungen¹¹ vor allem gemeinsame Sicherheitsinteressen in Bezug auf die Eindämmung transnational agierender islamistischer Gruppen bestehen, so wäre die Bevölkerung im Norden Senegals durch die engen grenzübergreifenden Verbindungen indirekt von Sanktionen gegenüber Mauretanien betroffen.

Wichtige internationale Geber wie die EU, die USA und die Weltbank haben bereits im August 2008 alle nichthumanitären Hilfen für Mauretanien eingefroren.¹² Dies könnte die Militärjunta mittelfristig vor enorme Schwierigkeiten stellen. Immerhin bilden internationale Hilfszahlungen bis zu ein Drittel der staatlichen Einnahmen. So gut wie alle staatlichen Investitionsausgaben werden mittlerweile aus diesen Quellen bestritten. Zwei Dinge werden daher für die materielle Absicherung der Herrschaft des Militärs von entscheidender Bedeutung sein:

- Welche Haltung nehmen die Geber innerhalb der Arabischen Liga ein? Bisher konnten sich diese nicht dazu durchringen, ihre Hilfszahlungen einzustellen.¹³

- Werden die westlichen Geber bei ihrer bisher konsequenten Haltung bleiben, den nichtverfassungskonformen Machtwechsel abzulehnen, und damit alle nichthumanitären Hilfszahlungen einfrieren?

Nachdem das einmonatige Ultimatum abgelaufen war, hat der französische Außenminister am 21. November erste Umrisse einer zukünftigen europäischen Mauretanienpolitik erkennen lassen: Sanktionen sollen implementiert werden, allerdings nur gegenüber einzelnen Mitgliedern der neuen Militärführung, um direkte negative Auswirkungen auf die mauretanische Bevölkerung auszuschließen.¹⁴ Dabei spielt für die politische Abwägung innerhalb der EU die Rolle Mauretaniens als Ausgangspunkt illegaler Migrationsbewegungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dazu kommt, dass der Fischereisektor in einer Reihe von EU-Mitgliedsstaaten stark von den Möglichkeiten abhängig ist, vor der mauretanischen Küste zu fischen. Bedeutsam für die Kalkulationen der EU und ihrer Mitgliedsländer, aber vor allem auch für die USA wird allerdings die potenzielle Funktion Mauretaniens als Rückzugs- und zunehmend auch als Operationsgebiet für einen transnationalen islamistischen Terrorismus sein.¹⁵ Gelänge es den Generälen um Abdel Aziz, sich in Zukunft als vertrauenswürdige sicherheitspolitische Partner zu empfehlen, stünden die Chancen gut, die westlichen Hilfszahlungen mittelfristig wiederaufzunehmen, wenn zuvor demokratische Reformen in Angriff genommen würden, möglicherweise auch in vielen Fällen nur kosmetisch. Eine solche Kooperation zwischen einer nichtdemokratischen Staatsführung und wichtigen westlichen Gebern hätte darüber hinaus im Falle Mauretanien bereits Tradition. Hatten doch vor allem die USA in vielen Bereichen bereits mit dem autoritären Taya-Regime eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit vereinbart (Jourde 2007).

9 Vgl. dazu die Aussagen des französischen Botschafters in Mauretanien in Al-Ahbar, 15.10.2008, www.alakhbar.info/3502-0-F5CC-F5CC-F0B-C0-0-B05CFF.html (Zugriff am 04.11.2008).

10 Eine Reihe weiterer afrikanischer und arabischer Staaten, darunter Libyen, haben Delegationen der Generäle empfangen und damit implizit der legitimen Herrschaft der Militärs zugestimmt.

11 Teile des Nomadenstamms der Ould Bou Sbaa, dem einige Mitglieder der engeren Führungsriege der Putschisten angehören, siedeln gleichfalls in den südlichen Oasenregionen Marokkos. Dementsprechend genießt der neue starke Mann in Mauretanien, General Mohamed Ould Abdel Aziz, ein hohes Maß an Popularität in der marokkanischen Presse und wird dort als Patriot bezeichnet.

12 Die erste Rate der Lizenzgebühren im Rahmen des europäisch-mauretanischen Fischereiabkommens, das erst im Frühjahr 2008 unterzeichnet worden war, ist allerdings Ende September in einer Höhe von € 86 Mio. an Mauretanien ausgezahlt worden.

13 Saudi-Arabien, die islamische Entwicklungsbank und der *Arab Fund for Economic and Social Development* hatten Mauretanien im Dezember 2007 Hilfszahlungen von über US\$ 800 Mio. für die

kommenden drei Jahre zugesagt. Diese arabischen Hilfen machen damit fast 30 Prozent der damals insgesamt zugesagten ausländischen Hilfen aus.

14 Vgl. <http://africa.reuters.com/country/MR/news/usnLL59992.html> (Zugriff am 23.11.2008).

15 Der Anschlag eines so genannten maghribinischen Flügels von Al-Qaida am 14. September 2008 im Nordosten des Landes verweist auf die Aktualität dieses Problems.

6. Ausblick

Seit August haben die Repressionen gegenüber politischen Akteuren zugenommen, die der neuen Herrschaft des Militärs nicht vorbehaltlos zustimmen. Dass sich die oft willkürlich ausgeführten Aktionen des Sicherheitsapparates verschärfen werden, ist auch in Zukunft zu befürchten. Dabei lassen sich zwei Strategien identifizieren:

Einerseits versuchen die Generäle den durch sie abgesetzten Präsidenten Abdallahi nachträglich zu diskreditieren. Während einer Parlamentssitzung, die von einer Minderheit von 32 Abgeordneten, unter ihnen Parlamentspräsident Messaoud Ould Boulkheir, boykottiert wurde, wurde beschlossen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Korruptionsfragen einzurichten. Das Hauptaugenmerk scheint dabei bisher vor allem auf die Ehefrau des Präsidenten, Khatou Mint El Boukhari, gerichtet zu sein. Ihr wird vorgeworfen, sich unter dem Deckmantel einer von ihr geleiteten NGO persönlich bereichert zu haben.¹⁶

Andererseits versuchen die Sicherheitsorgane jeden öffentlich artikulierten Widerspruch, der aus dem politisch organisierten Teil der Gesellschaft hervorgeht, zu unterdrücken. Der friedliche Widerstand gegen den *Conseil d'Etat* wird von einer gemeinsamen Plattform, der *Front National de Défense de la Démocratie* (FNDD) organisiert, einem Zusammenschluss aus der *Alliance Populaire Progressiste* (APP), der UFP, der *Tawassoul* und den verbliebenen Resten der Präsidentenpartei PNDD. Bereits mehrfach ist die Polizei mit Tränengas und Schlagstöcken gegen friedliche Demonstrationen dieses Bündnisses vorgegangen. Selbst individuelle Protestaktionen wie das öffentliche Präsentieren von Plakaten des abgesetzten Präsidenten werden von der Polizei mit Gewalt unterbunden. Dazu kommt, dass die wichtigsten Presseorgane bereits relativ früh von den Putschisten eingebunden worden sind. So erschien die erste Ausgabe der größten mauretanischen Tageszeitung *Horizons* nach dem Coup mit einem Portrait des Generals Abdel Aziz. Das staatliche Fernsehen nannte den Führer der Putschisten bereits wenige Tage nach dem Putsch „Monsieur le Président“. Kritische Medienberichte hingegen werden sanktioniert. Nachdem der frühere Gesundheits- und Tourismusminister Isselmou Ould Abdel Kader die Präsidentengarde

BASEP in einer Fernseh-Talkshow als unter ausländischem Einfluss stehende bewaffnete Miliz bezeichnete,¹⁷ wurde zuerst der Programmdirektor des Senders entlassen und wenige Tage später wurde Abdel Kader zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt.

Obwohl Abdallahi am 13. November erlaubt wurde, Nouakchott zu verlassen, um in sein Heimatdorf zurückzukehren, war die Junta bisher nicht bereit, weitere politische Kompromisse einzugehen. Weder reagierte sie positiv auf den Vorschlag des Parlamentspräsidenten Messaoud Ould Boulkheir, eine Übergangsregierung bestehend aus Präsident Abdallahi, Teilen des *Conseil d'Etat* und Vertretern der Opposition zu benennen, um gemeinsam Neuwahlen vorzubereiten, noch haben die im Rahmen von Artikel 96 des Vertrages von Cotonou Anfang Oktober abgehaltenen direkten Verhandlungen mit der EU bewirken können, dass die Putschisten einlenken. Vieles spricht dafür, dass die Generäle diesmal das Heft des Handelns nicht wieder aus der Hand geben wollen. Dabei lassen sie im Nachhinein keinen Zweifel am Charakter der ersten 15 Monate einer mauretanischen Demokratie: „On a trop idéalisé l'élection présidentielle. C'était une petite comédie“,¹⁸ wird der neue von den Militärs eingesetzte Premierminister Moulay Ould Mohamed Laghdaf zitiert.

Literatur

- Economist Intelligence Unit, Mauritania Country Report, Januar 2008.
- Ghanem, Omar (2008): Slavery in Mauretania: Emancipating the Free, IslamOnline.net, www.islamonline.net/servlet/Satellite?c=Article_C&cid=1187593736807&pagename=Zone-English-Muslim_Affairs%2FMAELayout (Zugriff am 24.10.2008).
- Jourde, Cédric (2007): The International Relations of Small Neoauthoritarian States: Islamism, Warlordism, and the Framing of Stability, in: *International Studies Quarterly*, 51(2): 481-503.
- N'Diaye, Boubacar (2006): Mauritania, August 2005: Justice and democracy, or just another coup?, in: *African Affairs*, 105(420): 421-441. <http://africa.reuters.com/nbc/MR>.
- www.ani.mr/.
- www.jeuneafrique.com/.
- www.taquadoumy.com/.

¹⁶ Allerdings wurden bisher zu keinem Zeitpunkt Beweise für diese Vorwürfe vorgelegt. Beobachter gehen allerdings davon aus, dass Abdallahi und seine Familie, wenn überhaupt, nur durchschnittlich in die traditionellen Gefälligkeitsnetzwerke (*wasta*) der mauretanischen Gesellschaft eingebunden waren.

¹⁷ Die Präsidentengarde ist in den letzten Jahren durch israelische und US-amerikanische Militärberater geschult worden.

¹⁸ *Le Monde*, 06.10.2008.

■ Die Autoren

Hannes Bahrenburg B.A. studiert im Masterprogramm des Institute of Development Studies an der University of Sussex.

E-Mail: h.bahrenburg@ids.ac.uk.

Thomas Richter M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES).

E-Mail: richter@giga-hamburg.de; Website: <http://staff.giga-hamburg.de/richter>.

Die Autoren bedanken sich bei Petra Bogenschneider für Unterstützung bei der Recherche.

■ Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 („Legitimität und Effizienz politischer Systeme“) beschäftigt sich im Rahmen des Analysefeldes 3 („Herrschaftsausübung und Regieren in außereuropäischen Kontexten“) mit autoritären Regimen; Ende 2007 wurde zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Im GIGA-Forschungsschwerpunkt 2 („Gewalt, Macht und Sicherheit“) beschäftigt sich die Arbeitsgruppe „Paria-staaten“ mit den Gründen der anhaltenden Transformationsresistenz autokratischer Staaten, die unter erhöhtem externen Sanktionsdruck stehen. Im Forschungsschwerpunkt 3 („Transformation in der Globalisierung“) wird das DFG-finanzierte Drittmittelprojekt „Überlebensstrategien von Migranten in Transitstädten in Mali und Mauretanien“ durchgeführt (Laurence Marfaing).

■ GIGA-Publikationen zum Thema (Auswahl)

Beck, Martin/Gerschewski, Johannes (2008): On the Fringes of the International Community. The Making and Survival of „Rogue States“, in: Sicherheit und Frieden/Security and Peace, 27 (2009) 2 (Special Issue on „International Community – Rhetoric and Reality“, edited by Bliesemann de Guevara, Berit/Kühn, Florian), i. E.

Erdmann, Gero/von Soest, Christian (2008): Diktatur in Afrika, GIGA Focus Afrika, Nr. 8.

Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter (2007): Mauretanien: Ein schwieriges Amt für Präsident Abdallahi, GIGA Focus Nahost, Nr. 4.

Fürtig, Henner (Hg.) (2007): The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence, Newcastle.

Gerschewski, Johannes (2008): Weltweites Ende oder Renaissance des Totalitarismus?, GIGA Focus Global, Nr. 4.

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, GIGA Focus Global, Nr. 6.

Marfaing, Laurence (2008): Migration saisonnière, va-et-vient, migration internationale? L'exemple des Sénégalais à Nouakchott, in: Asylon(s) – La revue des deux asiles, Migrations et Sénégal, Nr. 3, März.

Mattes, Hanspeter (2008): »We're in the Arab World, man. Forget democracy.« Die schwierige Transformation autoritärer Regime in Nahost, GIGA Focus Nahost, Nr. 8.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Das GIGA und die Autoren können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM